Beilage

Arbeiterstimme

Einzelnummer 10 Pfennig
Bei Zeitungshändlern und in allen Kiosken erhältlich

Tageszeitung der KPD / Sektion der Kommunistischen Internationale / Bezirk Sachsen

Verbreitungsgebiet Ostsachsen / Beilagen: Der rote Stern / Rund um den Erdball / Proletarische Sozialpolitik / Für unsere Frauen / Der revolutionäre Jungarbeiter

Anzeigenpreise: die neunmal gespaltene Nonpareillezeile oder deren Raum 35 Pf., für Familienanzeigen 20 Pf., für die Reklamezeile (anschließend an den dreispaltigen Teil einer Textseite) 1,50 RM. Anzeigen-Annahme nur wochentags von 9 Uhr an in der Expedition Dresden-A. 1, Güterbahnhofstraße 2

Bezugspreise: frei Haus monatlich 2,30 RM (zahlbar im voraus), durch die Post 2,29 RM (ohne Zustellgebühr). Die „Arbeiterstimme" erscheint täglich, außer an Sonn- und Feiertagen. In Fällen höherer Gewalt besteht kein Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder auf Zurückzahlung des Bezugspreises.

Verlag: Dresdner Verlagsgesellschaft m.b.H., Dresden-A. Geschäftsstelle und Redaktion: Güterbahnhofstr. 2, Fernruf 17 250. Postscheckkonto: Dresden 18 001. Sprechstunden: Montags 16–18 Uhr allg. Sprechstunde, Mittwochs 17–18 Uhr betriebs- und arbeitsrechtl. Fragen, Freitags 18–19 Uhr juristische Sprechstunde.

6. Jahrgang — Dresden, Sonnabend den 11. Oktober 1930 — Nummer 238

Kriegserklärung der kapitalistischen Räuber an 140 000 Berliner Metallarbeiter

Schandschiedsspruch diktiert achtprozentigen Lohnraub / Alarmsignal für Sachsens Metallarbeiter! Parole: Macht die Betriebe streikreif!

Berlin, 11. Okt. (Eig. Drahtbericht.)

Gestern wurde bei den Schlichtungsverhandlungen im Reichsarbeitsministerium der Lohnraubschiedsspruch für die Berliner Metallindustrie gefällt. Er sieht vor für Männer über 18 Jahre einen Lohnraub von 8 Prozent, für Frauen und Jugendliche unter 18 Jahren einen Lohnraub von 6 Prozent. Der Schiedsspruch soll ab 3. November gültig sein. Die Erklärungsfrist läuft am 18. Oktober mittags 12 Uhr ab. Der Schiedsspruch ist erstmalig am 30. Juni und von da ab monatlich kündbar.

•

Der für 140 000 Berliner Metallarbeiter gefällte Schiedsspruch ist ein Alarmsignal für die gesamte deutsche Arbeiterklasse. Seit Wochen verhandelten die reformistischen Gewerkschaftsführer mit den Unternehmern. Seit Wochen stand es fest, daß die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen den Berliner Metallarbeitern einen Lohnabbau diktieren werden. Die Metallarbeiterbürokratie vollführte ein elendes Täuschungsmanöver. Sie versuchte durch fortwährende Vertagung der Verhandlungen die Wachsamkeit der Berliner Metallarbeiter zu brechen und eine Ueberrumpelung der Berliner Metallarbeiter herbeizuführen.

Noch am Mittwoch schrieb der „Vorwärts", daß es zu keinem Lohnabbau kommen werde,

daß vielmehr eine Einigung dahingehend erzielt werden würde, daß die jetzt bestehenden Löhne der Berliner Metallarbeiter weiterhin in Kraft bleiben. Der „Vorwärts" wußte genau so wie die reformistische Gewerkschaftsbürokratie, daß dem nicht so ist, sondern daß der Schiedsspruch mit einem Lohnraub enden wird.

Jetzt, nachdem der Schandschiedsspruch gefällt ist, nachdem man durch diesen Schiedsspruch den Berliner Metallarbeitern 8 Prozent ihres Lohnes rauben will, stimmt der „Vorwärts" in seiner heutigen Morgenausgabe ein elendes Gemecker über den Abbau an.

Keine Parole gibt der „Vorwärts" den Berliner Metallarbeitern, keine Aufforderung, das freche Schlichtungsdiktat mit der sofortigen Aufnahme des Streiks zu beantworten.

Eine Delegiertenkonferenz und der Ausschuß der revolutionären Vertrauensleute soll am morgigen Sonntag zu dem Schiedsspruch Stellung nehmen und die von Urich vorgeschlagene Annahme des Schiedsspruches sanktionieren.

Die gleiche Taktik, die die reformistische Gewerkschaftsbürokratie in Berlin eingeschlagen hatte, versucht sie auch in Sachsen durchzuführen.

Auch hier Verhandlungen seit Monaten mit den Unternehmern, auch hier keine Mobilisation, ja nicht einmal Unterrichtung der Metallarbeiter über den Stand der Bewegung. Während die Unternehmer in den Betrieben von Woche zu Woche die Akkordlöhne, die übertariflichen Verdienste der Arbeiter abbauen, drischt die reformistische Gewerkschaftsbürokratie radikale Phrasen und erklärt, daß man jeden Pfennig Lohnraub mit dem Kampf beantworten werde.

So wenig der Metallarbeiterverband in Berlin die Metallarbeiter zum Kampf gegen den 8prozentigen Lohnraub aufrufen wird, so wenig wird die reformistische Bürokratie in Sachsen Kampfmaßnahmen gegen das Lohnraubdiktat der Unternehmer treffen.

Die sächsischen Metallarbeiter müssen sich klar sein, daß der Berliner Schiedsspruch richtunggebend für alle weiteren Schiedssprüche sein wird, daß die kapitalistischen Schlichtungsinstanzen es nicht belassen werden bei einem 8prozentigen Lohnabzug, sondern daß sie in den Industrien, in den Gebieten, wo

(Fortsetzung siehe nächste Seite)

SPD erklärt sich für Brünings Diktatur-Verordnungen

SPD-Arbeiter! Rechnet ab mit euren Wahlbetrügern!

Berlin, 11. Oktober (Eigene Drahtmeldung.)

Zur Behandlung des Finanzprogramms Brünings erklärt der sozialdemokratische Pressedienst am Freitagabend, daß eine Aufhebung der seit Wochen in Kraft befindlichen Notverordnungen ohne schwerste Erschütterung der öffentlichen Finanzen nicht mehr möglich sei. Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion wird deshalb Anträgen auf sofortige Aufhebung der Notverordnungen nicht zustimmen.

Auch Vertrauensvotum für Brüning werden sie abgeben

Zu dem nationalsozialistischen Mißtrauensantrag gegen Brüning, der in der Absicht gestellt ist, die SPD vor den Kleinbürgern und Arbeitern als verantwortlich für den Brüning-Kurs hinzustellen, schreibt das Zentralorgan der SPD, daß die SPD sich „nicht unter das Kommando Hitlers begeben" würde... „Die Sozialdemokraten werden im Reichstag weder die Politik Brünings treiben, noch die Politik Hitlers oder Thälmanns, sondern ihre eigene Politik."

Solche lächerlichen Phrasen bestätigen nur, daß die SPD für Brüning stimmen will. In Erwartung der Katastrophe, der Vertrauenskrise, die dann innerhalb der SPD ausbrechen wird, schreibt neuerdings das sozialdemokratische Zwickauer Volksblatt:

„Das klingt sehr schön, aber es verlangt ja gar kein sozialdemokratischer Wähler, daß die sozialdemokratische Fraktion einem nationalsozialistischen Mißtrauensantrag zustimmt, sondern alle erwarten, daß die Sozialdemokratie sobald wie möglich ein eigenes Mißtrauensvotum gegen die mit Schiele und Treviranus verschönte Brüning-Regierung einbringt und den offenen Kampf gegen diese volksfeindliche Bürgerblockregierung aufnimmt. Nach diesem scharfen Wahlkampf der Sozialdemokratie gegen die Bürgerblockregierung und nach der Veröffentlichung des volksfeindlichen Regierungsprogramms dieses Kabinetts, für das die Sozialdemokratie auch nicht den Schatten einer Verantwortung übernehmen kann, ist notwendig, daß die Sozialdemokratie die Führung im Kampf gegen die Brüning-Regierung übernimmt. Die ersten Entscheidungen im Reichstage über vorliegende Mißtrauensanträge sind auf alle Fälle für die Sozialdemokratie von außerordentlich großer Bedeutung."

Der krampfhafte Versuch der sächsischen SPD-Presse, noch immer eine Kampfstellung gegen Brüning vortäuschen zu wollen, wird schon in der nächsten Woche im Reichstag erledigt werden. Vielsagend stellt das Zentralorgan des Brüning-Kanzlers gestern abend zu der oben zitierten Aeußerung des Vorwärts fest:

„Diese Antwort des Vorwärts läßt den Schluß zu, daß sich die Sozialdemokraten durch den Vorstoß der Nationalsozialisten nicht mißbrauchen lassen werden."

Womit das Zentrumsblatt die Erwartung ausspricht, daß der Diktaturkanzler die Unterstützung der SPD erfährt!

Gehaltsraub bei den Staatsangestellten

Berlin, 11. Oktober. (Eigene Drahtmeldung.)

Der Reichsfinanzminister hat mit Datum des 4. Oktober einen Erlaß herausgegeben, der die Kündigung aller bei den Reichsverwaltungen beschäftigten Angestellten zum 31. März 1931 anordnet. Die Kündigung erfolgt am 1. Dezember, um die Gehälter sämtlicher Reichsangestellten um 6 Prozent zu kürzen. Eine gleiche Kündigung der Beamtengehälter wird in dem Erlaß bereits als feststehende Tatsache vorausgesetzt.

30 Betriebe im Kampf

Bürokratie als Streikbrecher

Berlin, 11. Oktober (Eigene Drahtmeldung.)

Gestern sind 30 der wichtigsten Betriebe der Bau- und Geldschrankschlosser in den Streik getreten. Bekanntlich hat Urich die Sanktion des Streiks, trotzdem 97 Prozent der Kollegen sich für den Streik ausgesprochen haben, verweigert. Die Branchenkommission sollte mit dem Hauptvorstand des DMV über die Sanktion des Streiks unterhandeln. Die sozialdemokratische Mehrheit der Branchenkommission hat aber hinter dem Rücken der Arbeiter und unter Ausschaltung der revolutionären Mitglieder mit dem Hauptvorstand verhandelt. In dieser Zusammenkunft erklärte derselbe, daß er die Sanktion nicht geben könne, es sei denn, daß die Bauschlosser auf ihre Forderung von 10 Pf Stundenlohnerhöhung verzichten und am Sonnabend, also heute, dem Schutzverband der Bauschlossereien, dem Unternehmerverband, mitteilen, daß sie als einzige Forderung die Verlängerung des bestehenden Lohntarifs um weitere sechs Monate aufstellen, unter anderen Umständen würde der Hauptvorstand keine Sanktion erteilen.

Die Branchenkommission beschloß dann mit 8 gegen 6 Stimmen, sich dem Diktat der Unternehmer zu unterwerfen. Jedoch entschied eine Vertrauensmännersitzung, die gestern abend voll besucht stattfand, etwas anderes. Dort wurde mit 16 gegen 47 Stimmen beschlossen, weiterzukämpfen auch gegen den Willen des Hauptvorstandes und einen Appell an die werktätige Bevölkerung Berlins zu richten, den Kampf um 10 Pf. Stundenlohnerhöhung mit aller Entschiedenheit durchzuführen.

Braune Mordpest überfällt Arbeiter

Kampfbund gegen Faschismus muß zur roten Lawine werden

Dresden, 11. Oktober.

In einer gestern abend stattgefundenen Naziversammlung, in der statt gegen Youngplan und kapitalistischen Steuerraub gegen „die rote Pest" referiert wurde, war freie Diskussion zugesichert worden. Als einem Diskussionsredner der KPD das Wort erteilt wurde, wurde ihm die Rede verwehrt. Die Angst der Nazis vor der kommunistischen Massenaufklärung bestätigte sich auch in dieser Versammlung.

Nach Schluß der nationalsozialistischen Versammlung, in der der Nazireferent Studentkowski seine Anhänger mit einer blutrünstigen Rede gegen „die rote Pest" aufgepeitscht hatte, formierten sich Trupps von Nationalsozialisten, die geschlossen abzogen.

Ein Trupp von 30 Mann verübte gegen 23 Uhr am Sternplatz einen feigen und brutalen Ueberfall auf zwei (!!) ganz allein des Weges gehende Arbeiter, die von den Nazis statt umgemeldet zu werden, von hinten auseinandergestoßen und im Anschluß daran in bestialischer Weise niedergeschlagen wurden. Der Arbeiter Albert Schwenke wurde von den nationalsozialistischen Mordgesellen so bearbeitet, daß er vor den Augen des den Nazitrupp begleitenden Polizeiüberfallkommandos zusammenbrach. Die Polizei griff nicht ein, sondern sah den Roheiten der Nazis tatenlos zu. Erst sich der am Boden liegende Arbeiter nicht mehr regte, kümmerte sich die Polizei um ihn, brachte ihn in bewußtlosem Zustande nach der Sanitätswache. Von dort wurde Schwenke dann in [illegible]